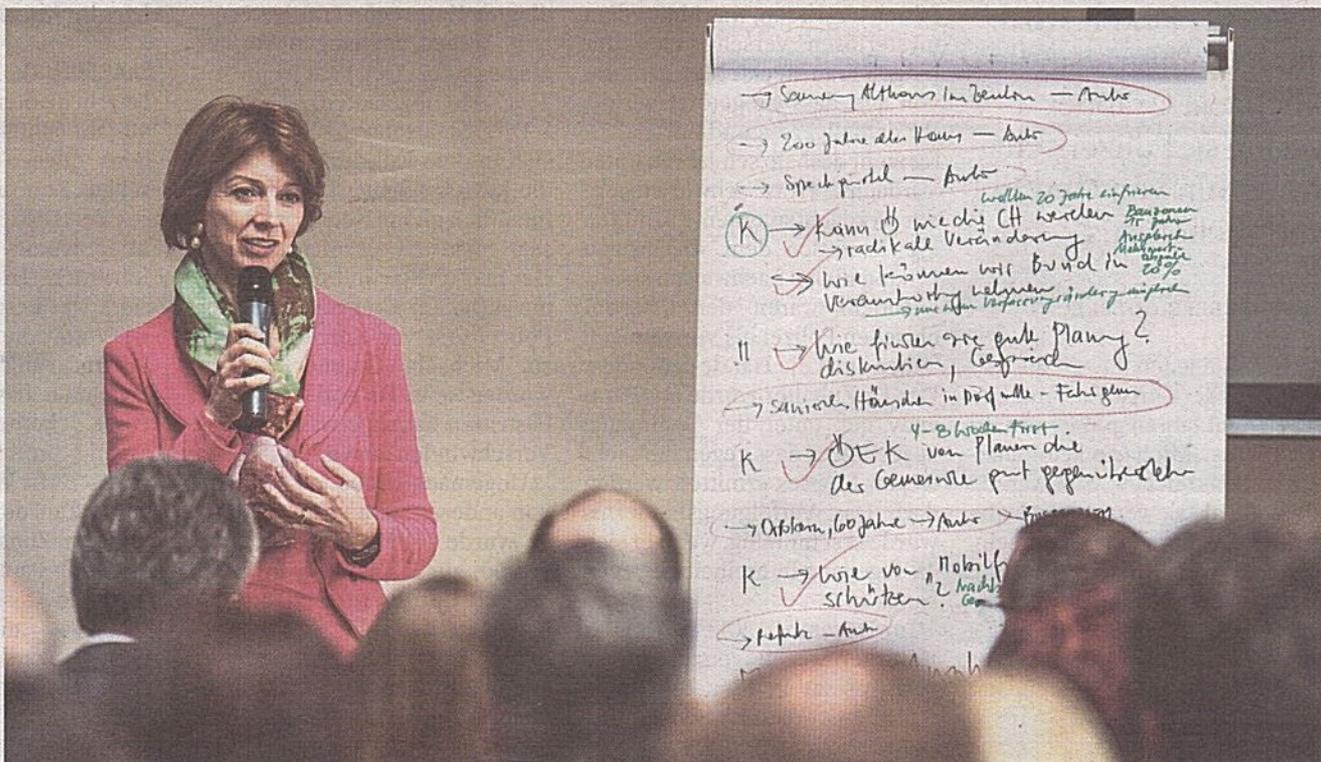


Blick über Tellerrand soll



Gaby Schaunig diskutiert als Gemeindeforentin mit Bürgermeistern über neue Pläne zur Raumordnung: Zersiedelung soll vermieden, Ortszentren sollen gestärkt werden

KLZ/TRAUSSNIG

DIE AUSGANGSLAGE

Ab- und Zuwanderung

132 Gemeinden inklusive der Statutarstädte Klagenfurt und Villach zählt Kärnten. Gemeindefusionen - wie jetzt in der Steiermark praktiziert - hat es in Kärnten bereits 1973 gegeben. Landeshauptmannstellvertreterin Gaby Schaunig (SPÖ) schließt solche für Kärnten für die Zukunft aus - außer Gemeinden wollen das von sich aus. Vielmehr soll es Verwaltungskooperationen (eine Lohnverrechnungsstelle für mehrere Gemeinden) und damit Kostenersparnis geben. Mit dem Problem des Geburtenminus und der Absiedlung sind vor allem strukturschwache Randgebiete konfrontiert. In Mallnitz, Hüttenberg oder Metnitz mit zweistelligem Bevölkerungsminus müssen immer weniger Bewohner die Kosten für die gleichbleibende Infrastruktur berappen. Die Städte und deren Speckgürtel hingegen wachsen und müssen neue Strukturen finanzieren. Kostendruck also für beide Seiten.

DER WEG

Ortskerne stärken

In Kärnten wird ein landesinterner Finanzausgleich angepeilt, „als Versuch, Abwanderung zu bremsen“, betont Schaunig. Wird der Interessensausgleich nicht geschafft, steige der Kostendruck auf den ländlichen (= Abwanderung) wie städtischen Raum (= mehr Bewohner). Notwendig werden wieder Ortsentwicklungskonzepte: Also das Nachdenken mit der Bevölkerung, wie die Gemeinde in 20, 30 Jahren ausschauen soll, damit das Leben zumindest im Ortskern erstrebenswert ist.

Die Politik der nächsten Jahre ist darauf ausgerichtet, die Ortszentren zu stärken und künftig Zersiedlung samt hoher Folgekosten zu vermeiden. Über die Wohnbauförderung des Landes 2014/2015 werden Projekte bevorzugt, die Ortskerne stärken bzw. wo alte Gemäuer revitalisiert werden. Über den Regionalfonds des Landes kriegen Gemeinden Mittel, um sich Flächen im Ortskern zu sichern.

DIE ZIELE

Lebensraum schaffen

Die Lebensräume in den Gemeinden erhalten, Entwicklungsmöglichkeiten bieten, um Wohn- und Lebensraum zu schaffen, über gelebte Gemeindeautonomie finanziellen Spielraum geben. Das ist das Ziel von Schaunig als Gemeindeforentin. Künftig soll es noch mehr interkommunale Zusammenarbeit geben. Das Problem derzeit: Erbringt einer für den anderen eine Dienstleistung wie Schneeräumung, muss 20 Prozent Umsatzsteuer gezahlt werden. Das lässt viele erarbeitete und fertige Kooperationsmodelle auf Eis liegen. Kärnten will deshalb mit anderen Bundesländern im Finanzministerium Druck machen, damit es zur Gesetzesänderung für Leistungsaustausch kommt.

Ein großes Ziel, die Zahl der Abgangsgemeinden zu reduzieren, ist quasi erreicht: Heuer soll es nur noch sechs Kommunen geben, die es nicht schaffen, ohne Landesmittel ausgeglichen zu budgetieren.

BEISPIELE

1. Ortszentren stärken. In Völkermarkt hat die Stadt gleich hinter dem Hauptplatz drei Gebäude gekauft: Dort entstehen jetzt Wohnungen und Geschäftslokale und keine neue Fläche muss dafür „verbraucht“ werden.

2. Bedarfszuweisungen. Die Gemeinden kriegen Mittel vom Land, wenn sie gewisse Kriterien erfüllen und bei den Verwaltungskosten nicht über dem Kärntenschnitt liegen. Künftig wird die Altersstruktur von Gemeindefachkräften berücksichtigt: also höhere Lohnkosten für ältere Arbeitnehmer. Bedarfszuweisungen kriegen jetzt nur noch Gemeinden, aber Vereine und Firmen nicht mehr.

3. Demokratiereform. Was im Gemeindeforent unter VP-Gemeindeforenten erarbeitet wurde, soll umgesetzt werden: Die Abhaltung von Gemeinde-Volksbefragungen soll erleichtert werden. Gibt es von Privaten oder Bürgerinitiativen eine Petition, muss über diese künftig verpflichtend im Gemeinderat berichtet werden.

4. Transparenz. Die Gemeindefinanzen und der Rechenschaftsbericht der Gemeinde sollen künftig für Bürger im Internet nachlesbar sein. Auch Kundmachungen und Verordnungen gibt es künftig im Internet.